

Dezember 2010

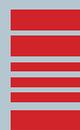
# WISO

# Diskurs

Expertisen und Dokumentationen  
zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

## Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise





Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts-  
und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

---

# **Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise**

Heinz-J. Bontrup

## Inhaltsverzeichnis

---

Vorbemerkung	3
Zusammenfassung	4
1. Einleitung	5
2. Lohnsenkungen sind Gift	6
3. Einzelwirtschaftliche Rationalitätsfallen	8
4. Keynes ganzheitliche Sicht wurde nicht beachtet	10
5. Der „Bastard-Keynesianismus“ geriet in die Krise	12
6. Die Folgen neoliberaler Politik	15
6.1 Doppelte Umverteilung	15
6.2 Mehr Erwerbstätige mit schlechter Beschäftigung	16
6.3 Steigende Staatsverschuldung, aber auch steigendes privates Vermögen	17
7. Umverteilung blähte die Finanzmärkte auf	19
8. Oligopolisierung und das Shareholder-value-Prinzip	22
9. Außenwirtschaftliche Aggressivität	23
10. Alternativen sind überfällig	24
Literatur	28
Der Autor	31

Diese Expertise wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

## Vorbemerkung

---

Deutschland scheint die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf den ersten Blick gut überstanden zu haben. Nach dem stärksten Konjunkturunbruch der Nachkriegszeit im Jahre 2009 erlebt die deutsche Wirtschaft bereits ein Jahr danach ein „Wachstums- und Beschäftigungswunder“. Dies befördert in Politik und Gesellschaft mehr und mehr die Auffassung, dass sich an der deutschen Wirtschaftspolitik, so wie sie vor der Krise praktiziert wurde, grundsätzlich nichts ändern müsse. Allenfalls die Finanzmärkte müssten besser reguliert werden, damit diese wieder stärker in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden. In anderen Bereichen, allen voran in den öffentlichen Haushalten, sei dagegen vor allem Sparen angesagt.

Sind damit alle wichtigen Krisenursachen identifiziert und alle relevanten Lehren aus der Krise gezogen? Zumindest einige fragwürdige wirtschaftliche Trends, die schon vor der Krise zu beobachten waren, scheinen sich auch nach der Krise weiter fortzusetzen. So ist der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung vor allem vom Boom einiger Schwellen- und Entwicklungsländer und damit abermals von den Exporten abhängig, während der Binnenkonsum zumindest bisher kaum Wachstumsbeiträge liefert. Die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt spiegeln sich zwar vordergründig in mehr Beschäftigten und in niedrigeren Arbeitslosenzahlen wider; jedoch ist das Arbeitsvolumen wie schon seit längerem weiter rückläufig, was vor allem einen Anstieg prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsplätze vermuten lässt. Und auch der bereits seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende Trend hin zu einer zunehmend ungleicheren Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich laut neuestem WSI-Verteilungsbericht bis zuletzt fortgesetzt. Tatsächlich droht die aktuelle Regierungspolitik, die Verteilungsprobleme weiter zu verschärfen.

Vor diesem Hintergrund hat die Friedrich-Ebert-Stiftung an Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen einen For-

schungsauftrag vergeben, um herauszufinden, ob es neben den Mängeln in der Finanzmarktregulierung weitere wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen in Deutschland im Vorfeld der Krise gegeben hat. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass vor allem der am Anfang der 1980er Jahre vorgenommene Schwenk hin zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik zu (Fehl-)Entwicklungen geführt habe, die zwangsläufig in die Krise führten. Allen voran die propagierte, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht aber fatale Lohnzurückhaltung oder auch die zunehmende steuerliche Entlastung von Großunternehmen, Spitzenverdienern und Kapitaleinkommensbezieheren habe dazu beigetragen, dass binnenwirtschaftlich die Massenkaufkraft und damit die Konsumnachfrage geschwächt wurde, während außenwirtschaftlich hohe Exportüberschüsse und globale Ungleichgewichte mit den damit einhergehenden Überschuldungsprozessen und Blasenbildungen auf den Finanzmärkten in anderen Ländern resultierten.

Um zukünftig ähnlich schwere Krisen zu vermeiden, sind daher zusätzlich zu Reformen auf den Finanzmärkten auch Veränderungen in weiteren Bereichen der Wirtschaftspolitik einschließlich einer Stärkung der Wirtschaftsdemokratie notwendig. Vor allem die große Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die eigentliche Ursache der Krise, muss reduziert und die Massenkaufkraft durch die Lohn-, Steuer- und Abgabepolitik gestärkt werden. Insgesamt zeigt die Studie eine Vielzahl an Möglichkeiten auf, wie die Politik und Gesellschaft das Primat über die zunehmend entgrenzten Märkte wieder zurückgewinnen und wie in Zukunft ein stärkeres, nachhaltigeres und ausbalancierteres Wirtschaftswachstum mit mehr guter Arbeit für alle Bürger in Deutschland erzielt werden kann.

*Markus Schreyer*

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Zusammenfassung

---

Offensichtlich stellen sich die weiter herrschenden neoliberalen Kräfte eine Fortschreibung ihrer verhängnisvollen marktradikalen Politik vor. Einige Fragen nach dem schwersten Absturz der Wirtschaft seit acht Jahrzehnten und einem noch fragilen Wachstum sind sogar zynisch: „Krise? Welche Krise?“. Einem derartigen unverantwortlichen Denken muss endlich Einhalt geboten werden. Aus den Ursachen der schweren Finanz- und Weltwirtschaftskrise, die seit Mitte 2007 ausgebrochen ist, muss man für die Zukunft Lehren ziehen. Die neoliberalen Herrschaftseliten – breit verankert in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien – tun aber alles, um von den wahren Ursachen der Krise abzulenken und spielen sich zudem noch mit milliarden schweren staatlichen Rettungspaketen als bastard-keynesianische „Feuerwehrleute“ auf. Sie kurieren aber nur an den Symptomen. Die Krisenursache ist wesentlich eine doppelte Umverteilung von unten nach oben, jeweils zu Lasten der Brutto- und Netto-lohnquote. Dies hat aber nicht zu mehr gewinninduzierten Investitionen geführt. Im Gegenteil: Sowohl die privaten als auch die öffentlichen Investitionsquoten sind rückläufig. An den Arbeitsmärkten herrscht nach wie vor Massenarbeitslosigkeit, darüber kann auch nicht der Zuwachs an – schlechter – Beschäftigung hinwegtäuschen.

Die vom neoliberalen Paradigma fast gebetsmühlenhaft eingeforderten und auch umgesetzten Lohnsenkungen waren Gift für die Wirtschaft. Vor Lohnsenkungen hat Keynes immer gewarnt. Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Systemen entsteht nicht immanent an den Arbeitsmärkten, sondern ist einer zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geschuldet. Die Wirtschaft findet im „Unterbeschäftigungsgleichgewicht“ auf Grund von „einzelwirtschaftlichen Rationalitätsfallen“ nicht selbst aus der Krise. Keynes gesamtwirtschaftliche Sicht, die wirtschaftspolitisch nach dem Zweiten Weltkrieg aber immer nur auf ein

„deficit-spending“ reduziert wurde, geriet mit der Wirtschaftskrise 1974/75 selbst in eine „Existenzkrise“. Der Monetarismus leitete eine „Konterrevolution“ ein und schließlich kam es nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Staatsverschuldung zum marktradikalen neoliberalen Paradigma, das neben den vollzogenen Umverteilungen von unten nach oben einen „schlanken“ Staat propagiert und die Freiheit der Märkte über alles setzt.

Diese verhängnisvolle Politik – begleitet von einer Oligopolisierung und Konzentrierung der Wirtschaft unter dem Diktat eines Shareholder-value-Prinzips – hat im Ergebnis zu einer Aufblähung der Finanzmärkte geführt, die sich so von der Realwirtschaft entkoppelt haben. Ein Entkoppeln ist aber allenfalls kurzfristig möglich. Dies gilt auch für einzelne Länder durch eine außenwirtschaftliche Aggressivität zur Realisierung von Exportüberschüssen; insbesondere von Deutschland zum Vorteil weniger und zum Nachteil vieler in der davon negativ betroffenen deutschen Binnenwirtschaft betrieben.

So kann es nicht weitergehen. Alternativen zum neoliberalen Kurs sind überfällig. Dazu gehören eine europäisch abgestimmte Fiskal- und Geldpolitik, eine internationale Kontrolle der Finanzmärkte und eine Beschränkung der Banken auf ihre Kernfunktionen sowie ein verschärftes internationales Wettbewerbsrecht. Insbesondere muss aber die Umverteilung von unten nach oben gestoppt werden. Sowohl bei der primären Marktverteilung durch eine mindestens produktivitätsorientierte Lohn- und Arbeitszeitpolitik, aber auch durch eine sekundäre staatliche Umverteilung in Form einer grundlegend veränderten Steuerpolitik. Und nicht zuletzt ist die private Wirtschaft endlich durch eine paritätische Mitbestimmung zu demokratisieren und auch dem staatlichen Sektor das verloren gegangene Primat der Politik gegenüber der privaten Wirtschaft zurückzugeben.

## 1. Einleitung

---

Die schwerste weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ist von vielen verantwortlichen Politikern und auch von Ökonomen in Anbetracht wieder steigender Wachstumsraten für beendet erklärt worden. Dies ist sehr voreilig, zumal von einer weiterbestehenden Massenarbeitslosigkeit und einer zunehmenden Staatsverschuldung – nicht nur in Deutschland – ausgegangen werden muss. Besonders erschreckend bei der Aufarbeitung der Krise ist das politische Nicht-Erkennen-Wollen der Krisenursache, so dass auch nur – wenn überhaupt – an den Symptomen kuriert wurde. Nach wie vor prallen zwei Welten aufeinander: der Keynesianismus – begründet durch den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883-1946) – mit seiner wohlfahrtsstaatlichen Stabilisierungs- und Verteilungspolitik, und der am klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup> orientierte marktradikale Neoliberalismus mit der Forderung nach einer niedrigen Staatsquote, einem „schlanken“ Staat, den Ferdinand Lassalle

(1825-1864) schon zur Zeit des Liberalismus spöttisch als „Nachtwächterstaat“ bezeichnete.

Das verhängnisvolle neoliberale Dogma setzte dabei von Anfang an, seit etwa Mitte der 1970er Jahre, auf eine Umverteilung von unten nach oben, auf liberalisierte Märkte, Privatisierung und Sozialabbau zur Durchsetzung niedriger Steuern für Besserverdienende und Vermögende. Das Dogma ist rein angebotsorientiert und damit kapitalfreundlich. Die Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland sind dabei evident: niedriges Wirtschaftswachstum trotz aggressiver Außenwirtschaft, Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Staatsverschuldung und eine steigende soziale Polarisierung (Prekarisierung) in der Gesellschaft auf der einen und Reichtumszuwachs auf der anderen Seite.

Um die komplexen Zusammenhänge transparent zu machen und um die Folgen einer neoliberalen Politik besser aufzeigen und verstehen zu können, sollen zunächst kurz ein paar theoretische Grundlagen und Ableitungen aufgezeigt werden.

---

1 Der klassische Liberalismus wurde zum Ende des 18. Jahrhunderts durch die klassische Nationalökonomie stark geprägt.

## 2. Lohnsenkungen sind Gift

Die immer wieder von Neoliberalen aufgestellte Behauptung, dass niedrige oder abgesenkte Löhne zu mehr Beschäftigung führen würden, ist hinlänglich theoretisch widerlegt. Auch empirisch kann vor dem Hintergrund der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung in Europa gezeigt werden, dass gerade Deutschland beim Wachstum und bei der Beschäftigung auf Grund sinkender Reallöhne wesentlich schlechter abgeschnitten hat als die Länder, wo es starke reale Lohnsteigerungen gab.<sup>2</sup> Arbeitslosigkeit entsteht nach Keynes nicht immanent an den Arbeitsmärkten durch eine falsche Lohnsetzung, sondern Arbeitsmärkte sind immer nur abgeleitete Märkte, deren Ungleichgewicht (sprich Arbeitslosigkeit) sich aus einer an den Gütermärkten zu geringen effektiven Nachfrage und/oder durch zu hohe Zinsen an den Geldmärkten ergibt. Auf dem Güter- und Geldmarkt kann demnach ein Gleichgewicht herrschen (sog. IS-LM-Gleichgewicht) und dennoch liegt am Arbeitsmarkt eine Unterbeschäftigung vor („Unterbeschäftigungsgleichgewicht“). Keynes akzeptierte in seinem Theoriengebäude an den Arbeitsmärkten zwar das neoklassische Grundpostulat, wonach einzelwirtschaftlich bei der Arbeitsnachfrage der Lohn dem Wertgrenzprodukt der Arbeit entsprechen müsse, nicht aber auch dessen Ableitung unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. „Er berücksichtigt nämlich, dass es meistens Personen gibt, die bei dem herrschenden Reallohn arbeiten möchten, aber keinen Arbeitsplatz finden. Um sicher zu sein, dass diese Personen wirklich arbeiten wollen, mithin unfreiwillig arbeitslos sind, definiert er unfreiwillige Arbeitslosigkeit so, dass diese vorliegt, wenn auch bei einer geringen Reallohnsenkung (über steigende Preise) das An-

gebot an Arbeit größer bleibt als die tatsächliche Beschäftigung.“<sup>3</sup>

Dennoch wurde Keynes von dem US-amerikanischen Ökonomen, Paul Samuelson (1915-2009), eine „neoklassische Synthese“ angedichtet, die von der britischen Ökonomin Joan Violet Robinson (1903-1983) in Verbindung mit einem „deficit spending“ – einer schuldenfinanzierten antizyklisch angelegten Staatsnachfrage – zu Recht als „Bastard-Keynesianismus“ bezeichnet wurde.

Wird hier am Arbeitsmarkt der Nominallohn auf einem niedrigeren Niveau fixiert, also abgesenkt, so würde dies das Güterangebot erhöhen, weil bei sinkendem Nominallohn die Kosten der Unternehmen zurückgehen. Die Unternehmen würden die Kostensenkung über Preissenkungen in den Markt weitergeben. Dadurch würde das Preisniveau (P) sinken und die reale Geldmenge (M/P) steigen und in Folge sinkt der Zins (i), der die Investitionen (I) und das Sozialprodukt (Y) erhöht. Die Kausalkette lautet demnach:

$$P \downarrow \Rightarrow M/P \uparrow \Rightarrow i \downarrow \Rightarrow I \uparrow \Rightarrow Y \uparrow$$

Wenn aber die preisbedingte Veränderung der realen Geldmenge (M/P) nicht auf die Nachfrage durchschlägt, weil

- (a) die Zunahme der realen Geldmenge keine Wirkung auf den Zins hat („Liquiditätsfalle“) und/oder
  - (b) die Zinssenkung die Investitionen nicht erhöht (vollkommen zinsunelastische Investitionen),
- so würde die obige Kausalkette unterbrochen und es gäbe keine positive Wirkung auf das Sozialprodukt (dies unterstellt der „Keynes-Effekt“). Gegen den „Keynes-Effekt“ opponierten aber neoklassi-

<sup>2</sup> Vgl. ver.di Bundesvorstand (2010: 11).

<sup>3</sup> Kromphardt, J.; Schneider, S. (2009: XV f.).

sche Ökonomen mit dem sogenannten „Pigou-Effekt“ des britischen Ökonomen, Arthur Cecil Pigou (1877-1959). Hier wird ein Vermögens-effekt unterstellt. Wenn der private Konsum nicht nur vom Einkommen, wie Keynes es unterstellte, sondern auch vom ersparten Vermögen abhängt, dann könne von steigenden Realvermögenswerten („Realkasseneffekt“) eine positive Wirkung auf den Konsum ausgehen, und so der womöglich negative Effekt sinkender Einkommen zumindest teilweise kompensiert werden.

Post-Keynesianer zweifeln aber bereits an, dass überhaupt nominale Lohnsenkungen über niedrigere Preise (aufgrund einer stark vermachteten, oligopolisierten Wirtschaft) in den Markt von den Unternehmen weitergegeben würden und es so durch steigende Reallöhne oder Vermögenswerte überhaupt zu einer Aufwertung der Kaufkraft käme. Außerdem hänge der Preis der an den Gütermärkten gehandelten Waren nicht nur vom Lohnsatz, sondern auch von der Arbeitsproduktivität und dem Gewinnaufschlag der Unternehmen ab. „Damit wird deutlich, dass techni-

sche Bedingungen der Produktion und die Verteilung der Einkommen auf Löhne und Gewinne von Bedeutung sind,<sup>4</sup> nicht jedoch ein so anonymer Mechanismus wie Geldmengenänderungen, die als Bestimmungsgrund des Preisniveaus im System der klassischen und Neuen Klassischen Makroökonomie gelten.“<sup>5</sup> Ebenso führten die über Preise nicht weitergegebenen Senkungen der Lohnstückkosten<sup>6</sup> zwar zu steigenden Stückgewinnen, nicht aber automatisch auch zu mehr beschäftigungssichernden Investitionen. Warum sollte auch ein Unternehmer, der weiß, dass sein Gewinn bzw. Mehrgewinn nicht wegen einer Nachfragesteigerung (durch mehr Umsatz bei konstanten Kosten), sondern lediglich wegen einer Lohnstückkostensenkung entstanden ist, mehr Investitionen tätigen und Arbeitsplätze anbieten? Er wird dies natürlich nicht tun und seinen Gewinn vielmehr zurückhalten und ihn alternativ für Schuldentilgungen, Unternehmensaufkäufe oder auf den Finanzmärkten anlegen. Dies insbesondere dann, wenn hier größere Eigenkapitalrenditen erzielt werden können.

---

4 Bei der Verteilung der Wertschöpfung auf Löhne und Gewinne muss auch beachtet werden, dass die klassische Konsumfunktion von Keynes nicht zwischen Lohn- und Gewinneinkommensempfängern unterscheidet. Lohnneinkommensempfänger haben aber eine höhere marginale Konsumquote als Gewinneinkommensempfänger, so dass eine Umverteilung von den Gewinnen zu den Löhnen die gesamtwirtschaftliche Konsumnachfrage steigern würde.

5 Baßeler, U.; Heinrich, J.; Koch, W. (1991: 346).

6 Lohnstückkosten = Lohnsatz : Arbeitsproduktivität.

### 3. Einzelwirtschaftliche Rationalitätsfallen

Ein großer Verdienst von Keynes u.a. in Bezug auf kontraproduktive Lohnsenkungen ist seine gesamte und brillante kreislauftheoretische Sicht, die auch unnachgiebig die immanenten Schwächen des Markt- und Wettbewerbsprinzips offenlegt. An den Märkten kommt es nämlich immer wieder durch ein „Konkurrenz-Paradoxon“ (Peter Bofinger) zu dem Ergebnis eines zwar einzelwirtschaftlich (betriebswirtschaftlich) rationalen Verhaltens, aber auch in Summe zu daraus folgenden negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen. Der von Adam Smith (1723-1790) aufgestellten kapitalistischen „Harmonielehre“, wonach das egoistisch motivierte Handeln, letztlich wettbewerbsvermittelt, durch ein „freies Spiel der Marktkräfte“ (einer „unsichtbaren Hand“ des Wettbewerbs) in einen insgesamt gesamtwirtschaftlichen Vorteil (Wohlfahrt) umschlägt, widersprach Keynes.

Auch das Say'sche Theorem des französischen Ökonomen, Baptiste Say (1767-1832), bei dem sich jedes Angebot gleichsam seine eigene Nachfrage schafft, lehnte Keynes ab. Letztlich sorgten, so Say, die „Regler“ Preis, Zins und Lohn an den jeweiligen Güter-, Geld- und Arbeitsmärkten für einen Ausgleich bzw. für ein neues Gleichgewicht. In einem mathematischen Modell wurde das „harmonische Gleichgewichtdenken“ durch den französischen Ökonomen, Leon Walras (1834-1910), schließlich formalisiert und auf die Spitze getrieben. Er beschreibt ein System aus (n) Märkten, wobei es genüge, dass (n-1) Märkte im Gleichgewicht sind, weil so auch der (n-te) Markt seinen Ausgleich findet. Hieraus schloss Walras, bezogen auf die traditionelle Markteinteilung in Güter-, Geld- und Arbeitsmärkte, dass es genügt,

wenn zwei Märkte im Gleichgewicht sind (z.B. der Güter- und Geldmarkt), um auch ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht an den Arbeitsmärkten zu realisieren. Entscheidend ist hier bei den klassischen Ökonomen für die Gesamtwirtschaft der Zinsmechanismus (i), der das Angebot an Ersparnis (S) mit der Nachfrage nach Investitionen (I) zum Gleichgewicht bringt  $S(i) = I(i)$ . Steigt die Ersparnis (S), kommt es zu einem zusätzlichen Angebot auf dem Geldmarkt, also zu einem Sinken der Zinsen (i). Niedrige Zinsen induzieren steigende Investitionen (I) und dämpfen gleichzeitig das Sparen (S). Somit kommt es zu einem neuen Gleichgewicht. Eine Erhöhung von (S) wird deswegen in der Klassik positiv gesehen.

Dem Ganzen widersprach Keynes, sowohl der „Harmonielehre“ als auch der Gleichgewichtsbestimmung der Klassiker an Güter- und Geldmärkten. Er erkannte vielmehr einen im System angelegten „Webfehler“ in Form von „einzelwirtschaftlichen Rationalitätsfallen“ oder einer „Kollektivillusion“ (Oliver Landmann), die das Auseinanderfallen von einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität beschreibt. „Die einzelwirtschaftliche Rationalität, d.h. das, was der Einzelne mit seinem Handeln beabsichtigt, und die gesamtwirtschaftliche Rationalität, d.h. das, was sich für die Gesamtheit als Ergebnis einstellt, fallen auseinander.“<sup>7</sup>

So gilt als einzelwirtschaftliche Logik:

„Wenn ich meine Ausgaben individuell reduziere, um meine laufenden Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, kann ich davon ausgehen, dass mir das gelingt, weil meine Sparentscheidung keinen Einfluss auf meine Einnahmen hat.“

7 Bofinger, P. (2005: 108).

Und als gesamtwirtschaftliche Logik gilt:

Wenn alle Wirtschaftssubjekte ihre Ausgaben reduzieren, vermindert das auch ihre Einnahmen, so dass es am Ende offen ist, ob es ihnen wirklich gelingt, ihre Neuverschuldung zu reduzieren.“<sup>8</sup>

Was also auf einzelwirtschaftlicher Ebene, ob beim privaten Haushalt oder beim Unternehmen und Staat, durchaus rational sein mag, schlägt in der Summe gesamtwirtschaftlich negativ auf das ganze System zurück. Wird beispielsweise immer mehr von den privaten Haushalten gespart und werden auf unternehmerischer Ebene immer mehr die Kosten gesenkt und wird womöglich auch immer mehr beim Staat gespart, so kommt es letztlich zu einem Ausfall an privater und staatlicher konsumtiver und investiver gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Weil Unternehmer aus ihrer interessenorientierten Sicht (rational) nach maximaler Gewinnproduktion streben und dazu die Arbeitskosten, die immer in exakt gleicher Höhe Arbeitseinkommen implizieren, senken, beeinflussen sie zwar positiv ihre individuellen betrieblichen Ausgaben.<sup>9</sup> Diese gehen zurück und ceteris paribus steigen zunächst ihre Gewinne. Mit dem Rückgang der Arbeitskosten sinkt aber gleichzeitig auch das gesamtwirtschaftliche Maseneinkommen. Senken nun alle Unternehmen ihre Arbeitskosten, dann geht die Rechnung für alle Unternehmen nicht mehr auf. Erstens resultiert aus der Absenkung kein intendierter Wettbewerbsvorteil mehr. Es ist ein Nullsummenspiel auf abgesenktem Niveau. Was die einen vermeintlich gewinnen, müssen die anderen verlieren.

Da die Kosten (Ausgaben) des einen in einer geschlossenen Volkswirtschaft die Einnahmen des anderen sind, gehen zweitens insgesamt für alle Unternehmen die Umsätze, zunächst in Form von Absatzeinbußen, zurück. Hierdurch wird ein verschärfter „destruktiver Preiswettbewerb“ ausgelöst und gleichzeitig ein „konstruktiver Wettbewerb“ über innovativ verbesserte oder sogar ganz neue Produkte behindert. Die Preissenkungen führen womöglich sogar zu deflatorischen Tendenzen. Dies bleibt natürlich in der zweiten Phase nicht ohne Folgen für den Gewinn der Unternehmer. Dieser geht nach anfänglicher Erhöhung zurück und viele, in der Regel mittelständische Unternehmen schreiben sogar Verluste. Um sich aus der Krise unternehmensindividuell zu befreien, versuchen die Unternehmen weiter ihre Kosten zu senken. Es kommt zu einer gefährlichen Abwärtsspirale, zu einem Teufelskreis, aus dem es ohne staatliche Intervention keinen marktmanenten Ausweg gibt. „Kostensenkungen, die große Wunderwaffe der neoliberalen Ökonomen, politischer Laienspieler und Unternehmensberater, sind – aus gesamtwirtschaftlicher Sicht – zwingend ein „Rohrkrepierer“.“<sup>10</sup> Dies ist eine weitere wichtige keynesianische Erkenntnis. Im Jahr 1926 beschreibt Keynes deshalb auch das „Ende des Laissez-Faire“. Er sieht deutlich, dass ein markt- bzw. wettbewerblicher Selbstlauf ohne staatliche Interventionen auf Grund der „Rationalitätsfalle“ allenfalls suboptimale gesamtwirtschaftliche Ergebnisse zeitigt und er zieht daraus die Konsequenz, wenn er schreibt: „Ich bringe den Staat ins Spiel; die Laissez-Faire-Doktrin gebe ich auf.“<sup>11</sup>

8 Bofinger, P. (2005: 112).

9 Eine Senkung der Arbeitseinkommen wirkt sich bei den abhängig Beschäftigten außerdem demotivierend aus, so dass es zu Produktivitätsverlusten und in Folge zu steigenden kontraproduktiven Stückkostensteigerungen kommt. Auch wirkt ein Rückgang der Arbeitseinkommen negativ auf dringend benötigte Innovationsprozesse in den Unternehmen.

10 Flassbeck, H. (2003).

11 Zitiert bei Willke, G. (2002: 18).

## 4. Keynes ganzheitliche Sicht wurde nicht beachtet

Leider wurde Keynes nach seinem Tod 1946 trotz der vielen Interpretationen,<sup>12</sup> die in der Frage von Grossman gipfelten, „Was Keynes A Keynesian?“<sup>13</sup>, lediglich auf einen „Bastard-Keynesianismus“ und hier speziell auf ein antizyklisches deficit spending in Verbindung mit einer expansiven Geldpolitik reduziert. Es kam zu einer Verengung in Form eines „Hydraulik-Keynesianismus“, wozu Mattfeldt feststellt, dass „(...) die vermeintlich mechanistische Zusammenhangs- und Gleichgewichtshydraulik seiner Argumentation (...) in den Lehrbüchern und im Studium der Wirtschaftswissenschaften (...) seit Jahrzehnten ganze Generationen von theoretischen wie praktischen Ökonomen davon abgehalten hat, sich mit den Implikationen und Reformpotenzialen des Keynesischen Werkes auseinander zu setzen.“<sup>14</sup> Dazu gehörte die von Keynes entwickelte langfristige Stagnationshypothese des kapitalistischen Systems. Hierauf hat Reuter mit seiner Habilitationsschrift<sup>15</sup> dankenswerterweise noch einmal aufmerksam gemacht. Im dabei von Keynes als „goldenes Zeitalter“ bezeichneten Stadium kommt es im Vergleich zum Investitionsvolumen (auf Vollbeschäftigungsniveau) zu einem höheren Sparniveau ( $I < S$ ). In Folge eines hohen Sättigungsgrades auf den Märkten gehen der Konsum und die Investitionen immer mehr zurück. Die private Ersparnis steigt. Die Wirtschaftspolitik muss jetzt, wie Keynes ausdrücklich betont, dem

Sparen entgegenwirken, sonst droht langfristige Arbeitslosigkeit, zumal gleichzeitig der technologische Fortschritt immer mehr voranschreitet und den „Faktor Arbeit“ durch Kapital substituiert. „Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welches ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeiten.“<sup>16</sup>

Aber nicht nur dies ist im Hinblick auf das keynessche Werk zu erwähnen, sondern auch seine Forderung nach einer „Sozialisierung“ der Investitionen durch mehr öffentliche Güter und insbesondere die Forderung von Keynes nach einer spürbaren Umverteilung von oben nach unten zur Erhöhung der Konsumneigung. Dazu forderte er nicht nur eine produktivitätsorientierte Reallohnpolitik, sondern auch „eine Steuerpolitik, die dem Staat mehr Einnahmen verschafft und die niedrigen Einkommen aufbessert. Dies alles sollte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen; belastet werden sollten dagegen die Gewinneinkommen. Ausgangspunkt ist die statistisch vielfach belegte Überlegung, dass je höher das Einkommen ist, umso weniger für den Konsum ausgegeben wird. Die hohen Einkommen sind jedoch im Allgemeinen Gewinneinkommen, während die niedrigen Einkommen Lohneinkommen sind. Die Konsumausgaben hängen also

12 Jan Prieue konstatiert hier fünf Keynesianismen: Dazu gehört erstens der originäre Keynes. Zweitens der Standardkeynesianismus von Hicks, Modigliani, Patinkin und Samuelson. Drittens der Neukeynesianismus von Clower, Patinkin, Leijonhufvud und Malinvaud. Viertens der ältere Postkeynesianismus von Robinson, Kalecki, Harrod, Domar, Kaldor und Tobin sowie fünftens der moderne Postkeynesianismus um Shackle, Davidson, Minsky, Kregel, Eatwell, Milgate u.a. Vgl. dazu ausführlich: Prieue, J. (2002).

13 Vgl. Grossman, H. I. (1972: 26-30).

14 Mattfeldt, H. (1985: 9).

15 Vgl. Reuter, N. (2000).

16 Keynes, J. M., zitiert bei Reuter, N. (2007: 162).

von der richtigen Verteilung des Volkseinkommens in Gewinn und Lohn ab. Deshalb muss nach Keynes der Staat einen leitenden Einfluss auf den ‚Hang zum Verbrauch durch ein System der Besteuerung ausüben.‘ Dies ist die Basis für den Linkskeynesianismus – und für die älteren Programme der sozialdemokratischen Parteien. Mit der Einkommensverteilung stellt Keynes die Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft in Frage<sup>17</sup> – wofür er übrigens „sozialistischer Umtriebe“ bezichtigt wurde.

Weder die „linkskeynesianische Politik“ noch der „Langfrist-Keynes“ setzten sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg als herrschende Wirtschaftspolitik durch. Als Ausnahme sind hier die skandinavischen Länder mit ihrem „egalitären Gesellschaftsmodell“<sup>18</sup>, mit einem hohen Maß an Sozialstaat und Interventionen in den Marktmechanismus durch steuerliche Einkommens- und Vermögensumverteilung von oben nach unten, zu nennen.<sup>19</sup> Speziell in Deutschland drehte sich ab 1949 – nach der Teilung – zunächst die politi-

sche Diskussion in Westdeutschland um ordnungstheoretische und nicht um prozesstheoretische Fragen. So kam es hier zur Etablierung eines ordoliberal intendierten Marktsystems, das durch staatliche Interventionen den Wettbewerb von Monopolbildungen und Kartellen befreien und schützen sollte, aber auch sozialstaatliche Aufgaben umfasste und seinen ordnungspolitischen Ausdruck in einer „Sozialen Marktwirtschaft“ (Alfred Müller-Armack (1901-1978)) fand.<sup>19</sup> Mit der ersten Nachkriegskrise von 1966/67 wurde dann aber auch in Westdeutschland die Anwendung eines keynesianischen deficit-spending praktiziert und 1967 sogar das „antizyklische System“ im heute noch gültigen deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert. Der antizyklische Keynesianismus half auch die Krise schnell zu überwinden. Spätestens aber Mitte der 1970er Jahre kam es mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 auch zur Krise des bis dahin praktizierten „Bastard-Keynesianismus“.

---

17 Schui, H. (2009: 204 f.).

18 Vgl. Brödner, P.; Carl, F.; Heintze, C.; Oehlke, P.; Peter, G.; Zinn, K. G. (2009).

19 Fülberth, G. (2005: 257).

20 Im geteilten Nachkriegsdeutschland war man anfangs auch in Westdeutschland davon überzeugt – selbst die CDU konnte sich dem anfangs mit ihrem „Ahlener-Programm“ von 1947 nicht entziehen –, dass ein kapitalistisches System für die sich 1949 konstituierte Bundesrepublik nicht der richtige Ordnungsrahmen bzw. das richtige Wirtschaftssystem sei.

## 5. Der „Bastard-Keynesianismus“ geriet in die Krise

Anfang der 1970er Jahre bahnte sich mit steigenden Inflationsraten in den OECD-Ländern bereits die Krise an. „Die ‚Explosion‘ der Ölpreise in der Krise von 1974/75 heizte die Lohn-Preispirale zusätzlich an, während in der durch den Ölschock ausgelösten weltweiten Rezession die Arbeitslosigkeit dramatisch anstieg. Die Kombination von stagnierendem Wirtschaftswachstum und anziehender Inflation – also Stagflation – erwies sich als das Waterloo der keynesianischen Konjunkturpolitik: Die Inflation hätte mit restriktiven und die stagnationsbedingte Arbeitslosigkeit mit expansiven Maßnahmen bekämpft werden müssen – ein unlösbares Dilemma. (...) Das altbewährte Hausmittel, eine Krise durch deficit spending zu überwinden, erwies sich jetzt als ‚nutzlos‘ und kontraproduktiv.“<sup>21</sup>

Noch 1971 hatte der US-amerikanische Präsident Richard Nixon (1913-1994) festgestellt: „Jetzt sind wir alle Keynesianer geworden.“ Kurz danach, am 15. August 1971, kündigte die Nixon-Regierung in Anbetracht des zunehmenden Drucks ausländischer Dollarforderungen<sup>22</sup> die in Bretton Woods 1944 garantierte Einlösungsgarantie des US-Dollars gegen Gold auf,<sup>23</sup> und im Dezember 1971 erfolgte in der Washingtoner Währungsvereinbarung eine Neufestsetzung von multilateral ausgehandelten Wechselkursen und eine Neufestsetzung des Goldpreises in Dollar. Zweiter Punkt der Vereinbarung war die Erweiterung der Bandbreite der Wechselkurse auf +/- 2,25 Prozent. In Folge der sich aber dennoch immer mehr zuspitzenden Dollarkrise wurde endgültig im Februar 1973 das System fester

Wechselkurse durch ein System weitgehend flexibler Kurse abgelöst. Die meisten damals einflussreichen Ökonomen, insbesondere der Monetarist und neoliberale US-Ökonom, Milton Friedman (1912-2006),<sup>24</sup> der schon 1953 die Einführung flexibler Wechselkurse gefordert hatte, plädierten dafür, weil man in festen Wechselkursen eine unnötige staatliche Regulierung der internationalen Märkte (des Freihandels) und durch die Emanzipation der Währungen vom US-Dollar auch die Möglichkeit einer eigenständigeren Geldpolitik sah. Die Notenbanken waren nun nicht mehr so wie früher unter dem Regime fester Wechselkurse zu Interventionen am Devisenmarkt und damit zu möglicherweise unerwünschten inflationär wirkenden Geldschöpfungen gezwungen. So löste sich das Bretton-Woods-System fahrlässig auf, ohne ernsthaft eine Reform zu erwägen. „Damit begann ein Prozess, der die Funktion des Geldes als – auch – eines internationalen Regulierungsinstruments aufhob und dieses stattdessen immer mehr zur Spekulationsware an den nun sich rasch ausweitenden internationalen Finanzmärkten machte.“<sup>25</sup>

Mit der Inflation, also der Geldentwertung, stieg dann auch die theoretische und wirtschaftspolitische Attraktivität des Monetarismus als Gegenbewegung („Konterrevolution“) zum Keynesianismus. Der in der Neoklassik verwurzelte Monetarismus versprach zweierlei: Erstens eine Stabilität des Marktsystems, wenn die keynesianische antizyklische Konjunkturpolitik aufgegeben würde, und zweitens die Eindämmung der Inflation. Theoretisch abgeleitet wurden

21 Willke, G. (2002: 164).

22 Bereits 1970 war ein großer Dollarüberschuss entstanden. Einer Goldmenge im Wert von 11 Mrd. US-Dollar standen kurzfristige Auslandsforderungen von ca. 46 Mrd. US-Dollar gegenüber.

23 1944 war eine Goldparität von 35 US-Dollar je Feinunze Gold festgelegt worden.

24 Vgl. Friedman, M. (1971).

25 Fülberth, G. (2005: 261).

diese monetaristischen Versprechen aus der klassischen Quantitätsgleichung des Geldes. Hier ist das Sozialprodukt in seiner Entwicklung nur noch abhängig von der Geldmengenentwicklung, wobei das Preisniveau dann unverändert bleibt, wenn die Geldmenge nicht schneller zunimmt als das reale Sozialprodukt.

Keynes widersprach dem vehement. Geld ist bei ihm nicht, wie bei den Klassikern der Nationalökonomie, nur ein „Schleier“ vor der realen Wirtschaft und auch die Quantitätstheorie des Geldes akzeptierte er nicht. Für ihn spielt beim Geld die Liquiditätspräferenz eine entscheidende Rolle. Die Geldnachfrage beruht, so Keynes, nicht nur – wie die Klassik (Neoklassik) unterstellt – auf einem Transaktions- und Vorsichtsmotiv, bei denen Bargeld für laufende Käufe und für einen unvorhersehbaren Bedarf nachgefragt wird, sondern auch auf einem „Spekulationsmotiv“; obwohl diese Form der Kassenhaltung zunächst einmal Rentabilität kostet! Die Wirtschaftssubjekte spekulieren nach Keynes aber dennoch auf Grund von Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung des Zinssatzes. Bei sicheren Zukunftsaussichten würden sie ihre Mittel dort anlegen, wo die höchste Rendite geboten wird. Wenn jedoch ungewiss ist, ob sich künftig nicht vielleicht günstigere Anlagemöglichkeiten als gegenwärtig bieten, dann sei es rational, einen Teil des Vermögens als spekulative Geld- bzw. Liquiditätsreserve zu halten. Liquiditätspräferenz und Höhe der Kassenhaltung sind damit Ausdruck unsicherer Zukunftserwartungen und zugleich ein Maß dieser Ungewissheit. In diesem Kontext warnte Keynes allerdings vor den negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen überbordender Spekulationen. Von ihm stammt in diesem Kontext der heute zutreffende Begriff „Turbokapitalismus“. „Spekulanten“, so führte er aus, „mögen als Luftblasen auf einem steten Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Luftblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die

Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.“<sup>26</sup>

Der Monetarismus auf Basis der Quantitätsgleichung setzte sich aber entgegen aller keynesianischen Erkenntnisse nach der Wirtschaftskrise von 1974/75 dennoch durch. Vielleicht auch deshalb, weil die Botschaft der monetaristischen Wirtschaftspolitik so einfach ist: „Tue nichts, außer die Geldmenge jahraus, jahrein mit einer konstanten Rate wachsen zu lassen.“<sup>27</sup> Diese einfache geldtheoretische Handlungsanleitung wurde schließlich, so Hickel, von der Deutschen Bundesbank, als Hüterin der Preisstabilität, zur Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik instrumentalisiert:

„Am Anfang stand eine radikale Änderung des geldpolitischen Konzepts der Deutschen Bundesbank im Juni 1973. Die geldpolitische Strategie wurde nach der Theorie des Monetarismus ausgerichtet. Was heißt das? Der Geldpolitik wurde untersagt, auch die wirtschaftliche Wachstumsentwicklung und Beschäftigung monetär zu stärken. Seitdem zählt ausschließlich die Aufgabe, die Inflation zu vermeiden – egal um welchen Preis für die Beschäftigung. Während das ‚Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 die Gleichrangigkeit von Geldwertstabilität, stetigem Wirtschaftswachstum und hohem Beschäftigungsstand betonte, steht seit diesem geldpolitischen Kurswechsel die Geldpolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit nicht mehr zur Verfügung. Im Gegenteil: Wenn es die Entwicklung des Binnen- bzw. Außenwertes der DM verlangte, wurde eine restriktive Geldpolitik propagiert, die die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt. Zur Logik des Monetarismus, der auf die eigene optimale Stabilisierungsfähigkeit der Wettbewerbswirtschaft setzt, gehört allerdings auch die Aufforderung an den Staat, auf aktive Beschäftigungspolitik und ausreichende soziale Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit zu verzichten.“<sup>28</sup>

26 Keynes, J. M. (2009: 135).

27 Keynes, J. M. (2009: 135).

28 Hickel, R. (2001: 20).

Keynesianische Wirtschaftspolitik praktiziere demnach aber genau das Gegenteil. Die implizite Beschäftigungsgarantie des keynesianischen Konzepts würde die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen in die Lage versetzen, Lohnsteigerungen zu Lasten der Profitquote durchzusetzen. Ebenso würde eine überzyklische, d. h. im konjunkturellen Aufschwung sich nicht mehr abbauende (strukturelle) Staatsverschuldung entstehen, die, bei einer ausbleibenden Vollbeschäftigung und Umverteilung zur Lohnquote, schließlich immer mehr gegen den Keynesianismus in Stellung gebracht wurde. Eine wachsende staatli-

che Verschuldung führe zu einer kontinuierlichen Ausweitung der Staatsausgaben, der Staatsquote, die letztlich zu Steuererhöhungen führten. Außerdem käme es durch den Staat in Folge der Inanspruchnahme des Geldmarktes zu einer Verdrängung privater Investoren (crowding-out). Zugleich würde die Produktion privater Güter durch ein Mehrangebot an öffentlichen Gütern verdrängt. Während die letzten beiden Punkte empirisch nicht zu verifizieren sind, trifft der Punkt der Staatsverschuldung allerdings zu (vgl. dazu ausführlich Kap. 6.3).

## 6. Die Folgen neoliberaler Politik

### 6.1 Doppelte Umverteilung

Welche Folgen hatte nun dieser ganze theoretische Paradigmenwechsel in Richtung Neoliberalismus? Im Ergebnis sank die gesamtwirtschaftliche strukturbereinigte Bruttolohnquote.<sup>29</sup> Seit 1980 bis vor Krisenausbruch 2007 um 5,3 Prozentpunkte.<sup>30</sup> Diese marktbezogene (primäre) Umverteilung zu Lasten der Lohnquote hat das Wachstum und die Beschäftigung geschwächt. Und eine zweite Umverteilung in Form einer Steuer- und Sozialabgabenpolitik zu Gunsten der Kapitaleinkünfte kam hinzu. Bei der Steuerpolitik fällt hier auf, dass es auf der einen Seite beim gesamten Steueraufkommen eine immer größere Verschiebung zu den indirekten Steuern und auf der anderen Seite eine massive Entlastung bei den direkten Gewinn-, Einkommen- und Vermögensteuern gegeben hat. Die Massensteuern, dies sind die Lohn- und Verbrauchsteuern, hatten in Deutschland in den 1960er Jahren am gesamten Steueraufkommen noch einen Anteil von 30 Prozent. Das heißt, 70 Prozent des Steueraufkommens entfiel auf Gewinn-, Einkommen- und Vermögensteuern. Heute haben sich die Anteile umgekehrt. 2009 lag der Anteil der Massensteuern bei knapp 73 Prozent. Auch bei den Sozialabgaben stand eine Politik der Lohnnebenkostensenkung, eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmerprofite, im Fokus. So sank im Ergebnis die Nettolohnquote von 43,8 Prozent in 1980 auf 33,9 Prozent in 2007. Also in Summe um 9,9 Prozentpunkte.<sup>31</sup>

Beide Umverteilungseffekte zu den Kapitaleinkünften haben aber nicht – wie immer wieder von Neoliberalen behauptet wird – zu einem Anstieg der Investitionen und zu mehr Beschäftigung geführt. Im Gegenteil, sowohl die private als auch die staatliche Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt) gingen zurück.<sup>32</sup> Diese unheilvolle Entwicklung lässt sich leicht erklären. Warum sollen profitgetriebene private Unternehmen in reale Werte, also Maschinen und Gebäude zur Kapazitätserweiterung investieren, wenn dafür keine hinreichende Nachfrage gegeben ist, weil schlicht und ergreifend Massenkaufkraft durch die beschriebene doppelte Umverteilung von unten nach oben fehlt? Und der Staat konnte nicht hinreichend investieren, weil er einerseits auf Grund des nur geringen Wirtschaftswachstums zu wenige Einnahmen hatte, die er zusätzlich noch durch Steuersenkungsmaßnahmen (hauptsächlich zu Gunsten des Kapitals) weiter absenkte. Addiert man allein den gesamten Steuerausfall auf Grund von Steuergesetzesänderungen seit 1998 (ohne Konjunkturreffekte) von 2000 bis 2013, so ergibt sich ein Wert von 490,35 Milliarden Euro. Davon entfallen auf den Bund 197,67 Milliarden Euro, auf die Länder 236,68 Milliarden Euro und auf die Gemeinden 56,00 Milliarden Euro. Fragt man nach der politischen Verantwortung, so haben im Zeitraum von 2000 bis 2013 von den 490,35 Milliarden Euro Steuersenkungen rot-grün (von 1998 bis 2005) insgesamt – 530,53 Milliarden Euro, schwarz-rot (gro-

29 Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Erwerbstätigenstruktur ergibt.

30 Vgl. Schäfer, C. (2009: 683).

31 Vgl. Schäfer, C. (2009: 684).

32 Die Investitionsquote der Unternehmen sank von 1991 bis 2009 von 20,6 Prozent auf 16,2 Prozent und die Investitionsquote des Staates ging im selben Zeitraum von 2,6 Prozent auf 1,7 Prozent zurück.

ße Koalition von 2005 bis 2009) + 71,8 Milliarden Euro und schwarz-gelb (2009 bis 2013) – 31,62 Milliarden Euro zu verantworten. Dabei gehen die Steuermehreinnahmen während der großen Koalition auf die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent und auf den konjunkturellen Aufschwung von 2006 bis 2008 zurück.<sup>33</sup> Neben den Steuersenkungen musste der Staat wegen der bestehenden Massenarbeitslosigkeit mit erhöhten Ausgaben für Arbeitslosengeld I und II fertig werden.

## 6.2 Mehr Erwerbstätige mit schlechter Beschäftigung

Auch an den Arbeitsmärkten wurden keine Erfolge erzielt, wie uns die Neoliberalen weismachen wollen. Erstens existiert trotz einer durch die „Agenda 2010“ vollzogenen Liberalisierung der Arbeitsmärkte und nur unterhalb der Produktivitätszuwächse gestiegener Reallöhne weiter Massenarbeitslosigkeit. So lag die geschönte offizielle Zahl der registrierten Arbeitslosen im August 2010 bei 3.188.122 – die tatsächliche Arbeitslosigkeit dagegen bei 4.291.765. Die von der Bundesagentur nicht gezählten Arbeitslosen in Höhe von 1.103.643 waren entweder krank (30.499), hatten einen Ein-Euro-Job (318.982) oder nahmen an Weiterbildungen teil (183.377). Außerdem werden Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind (360.544), nicht mehr in der amtlichen Statistik geführt. Seit Mai 2009 werden zudem die von privaten Arbeitsvermittlern betreuten Arbeitslosen (175.214) ebenfalls nicht mehr zu den offiziellen Arbeitslosen gezählt, obwohl sie definitiv keine Arbeit haben. Der Rest der nicht mehr ausgewiesenen Arbeitslosen (35.027) befindet sich in Eignungsfeststellungs-, Bewerbungstrainings- sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder wird als nur schwer vermittelbar aus der Statistik genommen. Die gesamte Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit, „ein Gewaltakt ge-

gen Menschen“ (Oskar Negt), ist also wesentlich höher als die ausgewiesene registrierte Arbeitslosigkeit.

Zweitens hat zwar von 2000 bis 2009 die Zahl der Erwerbstätigen um gut 1,1 Millionen zugenommen; davon 497.000 Selbstständige (die meisten Solo- bzw. Scheinselbstständige). Im selben Zeitraum ging aber die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um fast 2,5 Millionen zurück und die Teilzeit stieg um fast 1,7 Millionen Beschäftigungsverhältnisse an. Ein-Euro-Jobs (+ 322.000), geringfügig Beschäftigte (+ 811.000) und Leiharbeit (+ 270.000) nahmen ebenfalls stark zu. Dennoch ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 2000 bis 2009 lediglich um 466.000 zurück.<sup>34</sup> Von 2000 bis 2005 war die Zahl der nur registrierten Arbeitslosen noch von 3,9 Millionen auf 4,9 Millionen angestiegen. Erst der Aufschwung von 2006 bis 2008, mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 2,3 Prozent, ließ die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf 3,3 Millionen zurückgehen. Ohne die massive Inanspruchnahme von Kurzarbeit sowie den Abbau von Überstunden und von Guthaben auf Arbeitszeitkonten wäre auf Grund des Rückgangs des realen Bruttoinlandsprodukts 2009 um 4,7 Prozent bei unveränderter Produktivität und Arbeitszeit die Erwerbstätigenzahl um 2 Millionen gesunken. Tatsächlich sank sie jedoch nur um einige Tausend. Dies lag daran, dass die durchschnittliche Jahresarbeitszeit um etwa drei Prozent abnahm.<sup>35</sup> Eine „Zwangsarbeitszeitverkürzung“ hat einen weiteren Anstieg der auch schon vor der Krise bestehenden Massenarbeitslosigkeit verhindert.

Auch der leichte Rückgang der registrierten Arbeitslosenzahlen im ersten Halbjahr 2010 ist zu relativieren. Das Meiste geht auch hier auf eine Zunahme an prekärer Beschäftigung zurück, so wie dies schon seit 2000 der Fall ist. Die neoliberalen Arbeitsmarktreformen haben massiv die Prekarisierung der Beschäftigung (davon sind fast 8 Millionen Menschen im Jahr 2009 betrof-

33 Vgl. Eicker-Wolf, K.; Truger, A. (2010).

34 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010: 4).

35 Vgl. Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Zika G. (2010: 3).

fen gewesen) durch ein Absinken der Löhne zu verantworten. Das bestehende Arbeitslosenheer zerrte zunehmend die Normalarbeitsverhältnisse aus und drückte in den prekären Beschäftigungsverhältnissen die Löhne so stark, dass es mittlerweile zu anormalen Arbeitsangebotsreaktionen kommt. Hier wird bei fallenden Löhnen nicht weniger an Arbeit angeboten (normale neoklassische Arbeitsangebotsfunktion), sondern zur Aufrechterhaltung des schon eh nur geringen Einkommens kommt es zu einer Ausweitung des Angebots, so dass im Ergebnis der Lohn noch mehr verfällt – ein Teufelskreis.

Zusammenfassend ist demnach festzustellen, dass nach wie vor in Deutschland Massenarbeitslosigkeit herrscht und dass bei weiter neoliberal betriebener Politik auch keine Veränderung in Sicht ist. Wenn auch von der demografischen Seite in den nächsten Jahren ein wenig Entlastung kommt, wird aber die Produktivitätsentwicklung dagegen zu rechnen sein. Auch wird an einigen Teilarbeitsmärkten für Hochqualifizierte ein Fachkräftemangel auftreten, der die Löhne ansteigen lässt. Verstärkte Bildungsmaßnahmen können hier die Angebotsverknappungen aufheben. Da die Unternehmer aber weder für höhere Löhne noch für mehr Bildungsanstrengungen sind, die sie zumindest mitfinanzieren müssen, rufen sie lieber nach Fachkräften aus dem Ausland. Dem muss allerdings politisch von Anfang an ein Riegel vorgeschoben werden.

### 6.3 Steigende Staatsverschuldung, aber auch steigendes privates Vermögen

Insgesamt war der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) Ende 2008 mit fast 1.542 Milliarden Euro verschuldet, dies entsprach bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt einer Schuldenstandsquo-

te von 65,9 Prozent.<sup>36</sup> Mit der jetzt ablaufenden schweren Wirtschaftskrise und einem bastard-keynesianischen Intervenieren des Staates wird die Staatsverschuldung noch einmal kräftig zulegen. Für die Jahre 2009 bis 2013 geht das Bundesministerium der Finanzen von zusätzlichen Staatsschulden in Höhe von insgesamt 510 Milliarden Euro aus, so dass Ende 2013 mit kumulierten Schulden von knapp 2.052 Milliarden Euro zu rechnen ist. Dies wird die Schuldenstandsquote auf etwa 80 Prozent erhöhen.

Dieser „öffentlichen Verarmung“ steht aber ein privater Reichtum (Vermögen) gegenüber.<sup>37</sup> So stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fest, dass im Jahr 2007 die deutsche Bevölkerung ab 17 Jahren insgesamt über ein Nettovermögen (Bruttovermögen minus aller Schulden) in Höhe von 6.600 Milliarden Euro verfügte. Das Nettovermögen setzt sich dabei zusammen aus dem Immobilienbesitz, dem Geldvermögen, Versicherungen, dem Betriebsvermögen oder auch aus Vermögen in Form wertvoller Sammlungen. Die Verteilung des Vermögens ist aber völlig ungleich. Rund zwei Drittel der Bevölkerung ab 17 Jahren verfügte 2007 über kein oder nur ein sehr geringes Geld- und Sachvermögen. Und 27 Prozent der erwachsenen Bevölkerung war mehr oder weniger hoch verschuldet. Hingegen besitzen die vermögendsten 10 Prozent insgesamt einen Anteil am gesamten Nettovermögen von mehr als 60 Prozent. Die vermögendsten 20 Prozent der Bevölkerung kommen auf 80 Prozent des Nettovermögens. Die obersten ein Prozent, also die Allerreichsten in Deutschland, verfügen über knapp ein Viertel des Netto-Gesamtvermögens. Diese sehr ungleiche Vermögensverteilung zeigt sich auch in einem hohen Gini-Koeffizienten.<sup>38</sup> Dieser lag 2007 bei 0,799 und ist damit nicht weit vom Maximalwert von 1 entfernt.<sup>39</sup>

36 Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts bezeichnete der englische Kapitalismustheoretiker, David Ricardo (1772-1823), die öffentliche Verschuldung als eine der „schrecklichsten Geißeln, die je zur Plage der Nation erfunden wurde.“ Dem steht aber richtigerweise die Position des deutschen Finanzwissenschaftlers, Lorenz von Stein (1815-1890), gegen Ende des 19. Jahrhunderts diametral gegenüber: „Ein Staat ohne Staatsverschuldung tut entweder zu wenig oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“ Zitiert bei Hickel, R. (1980: VI).

37 Vgl. dazu auch Dauderstädt, M. (2009); sowie von Weizsäcker, C. (2010).

38 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichheit. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

39 Vgl. Frick, J. R.; Grabka, M. M. (2009).

Tabelle 1:

**Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung der Sektoren und ihre Finanzierung von 1991 bis 2009 – Finanzierungssalden in Mrd. €**

Jahr	Private Haushalte	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzinstitute	Staat	Ausland
<b>Summe</b>	1.839,9	- 461,1	257,6	- 887,7	- 748,7
<b>JD</b>	96,8	- 24,3	13,6	- 46,7	- 39,4

JD = Jahresdurchschnitt von 1991 bis 2009

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Allein von 1991 (nach der Wiedervereinigung) bis 2009 stieg das Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland um fast 1.840 Milliarden Euro. Dies waren jahresdurchschnittlich 96,8 Milliarden Euro an privatem Reichtumszuwachs. Im selben Zeitraum nahm die Staatsverschuldung (öffentliche Armut) um knapp 888 Milliarden Euro, jahresdurchschnittlich um 46,7 Milliarden Euro, zu. Außerdem standen die Unternehmen (ohne Finanzinstitute) mit gut 461 Milliarden Euro und das Ausland mit knapp 749 Milliarden Euro bei den privaten Haushalten und den Kreditinstituten in der Kreide (vgl. Ta-

belle 1). Dass in Summe die produzierenden sowie Güter und Dienste anbietenden Unternehmen (sog. „Nichtfinanzielle Unternehmen“) verschuldet sind, liegt zum einen darin begründet, dass sie für ihre laufende Geschäftstätigkeit und für einen investiven Wachstumsprozess auf Kredite angewiesen sind und zum anderen aber auch, dass sie ihre Gewinne an die Eigentümer der Unternehmen regelmäßig ausschütten, die dann im Konto „Private Haushalte“ verbucht werden. Und die Verschuldung des Auslands bei uns ist das Spiegelbild der deutschen aggressiven Außenhandelspolitik (vgl. dazu Kap. 8).

## 7. Umverteilung blähte die Finanzmärkte auf

Infolge der seit den 1970er Jahren immer mehr neoliberal betriebenen weltweiten Umverteilung von unten nach oben haben sich die Finanzmärkte aufgebläht und in Verbindung mit einer deregulierten Finanzwirtschaft, die zu einer vermehrten eigenständigen Geldschöpfung des Finanzsektors geführt hat – am Geldmonopol der Notenbanken vorbei –, ein hochspekulatives Klima geschaffen. „In einem Produktionssystem, wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht, wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muss augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar.“<sup>49</sup> Auf den zweiten Blick liegt einer Kreditkrise aber ein zu großes, disproportionales Verhältnis zwischen der Produktions- und Finanzmarktsphäre zugrunde. Dieses Ungleichgewicht entwickelte sich vor dem Hintergrund der Umverteilung von unten nach oben, die zu hohen Gewinnen geführt hat,

denen wegen der nachhinkenden Massenkaufkraft nicht in gleichem Umfang rentable Investitionsmöglichkeiten gegenüberstehen. Diese überschüssige Liquidität wandert an die Finanzmärkte, deren Charakter sich dadurch ändert: Von nachfragegetriebenen Märkten, an denen liquide Mittel für Investitionen gesucht werden, zu angebotsgetriebenen Märkten, an denen Anlagemöglichkeiten für die Überschussliquidität benötigt werden.

Betrug das weltweite liquide Finanzvermögen 1980 noch 12 Billionen US-Dollar, so lag der Wert 2007 bei rund 196 Billionen US-Dollar. Dies entspricht in 27 Jahren einer Steigerung von weit über 1.500 Prozent! Das weltweite Bruttosozialprodukt konnte da nicht mithalten. Von 1980 bis 2007 legte es nur um 450 Prozent zu. Betrug das Verhältnis zwischen Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen 1980 noch 1 zu 1,2, so war die Relation 2007 auf 1 zu 3,6 angestiegen. Selbst aufgrund eines bereits durch die Finanzkrise um 16 Billionen zurückgegangenen (entwerteten) Fi-

Tabelle 2:

### Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen – in Billionen US-\$

Jahr	1980	1990	2000	2005	2006	2007	2008*
<b>Bruttosozialprodukt</b>	10	22	32	45	49	55	60
<b>Finanzvermögen</b>	12	43	94	142	167	196	180
<b>Verhältnis</b>	1,2	2,0	2,9	3,1	3,4	3,6	3,0

\* Schätzung

Quelle: Mc Kinsey (2008).

40 Marx, K. (1974: 507).

nanzvermögens lag das Verhältnis 2008 immer noch bei 1 zu 3,0 (vgl. Tabelle 2).

Im Jahr 2008 hätte die Weltbevölkerung demnach drei Jahre arbeiten müssen, um Güter und Dienstleistungen im Gegenwert des kumulierten Finanzvermögens zu produzieren. Man wollte aber nicht durch Arbeit, d.h. über eine realwirtschaftliche Produktion, durch den Einsatz von Mensch und Sachkapital, eine nachhaltige Wertschöpfung generieren, sondern das Anlageziel des durch Umverteilung und Geldschöpfung geschaffenen und konzentrierten Geldes war die kurzfristige Erzielung von zumeist zweistelligen Renditen (Profitraten) durch Spekulation unter Berücksichtigung eines Leverage-Effektes<sup>41</sup> an den liberalisierten und globalen Finanzmärkten. Alles was sich dazu eignete wurde zum Handelsobjekt dieses Geldes: Aktien, Währungen, Immobilien, Rohstoffe und ganze oder teilweise aufgekaufte Unternehmen und jetzt sogar Staaten.

Überhand nehmende Spekulationen und die hieraus kurzfristig gezahlten Renditen sind letztlich nicht durch in der produzierenden Realwirtschaft geschaffene Produktivitäten gedeckt. So können sich die spekulativen Finanzmärkte gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur relativ entkoppeln; völlig lösen können sie sich nicht. Die Quelle allen Mehrwerts (Profite, Zinsen sowie Miet- und Pachteinkommen) liegt letztlich in der Wertschöpfung durch menschliche Arbeit und Naturgebrauch. An den Finanzmärkten werden Werte verteilt, aber keine realen Werte geschaffen. Und noch etwas Entscheidendes kommt hinzu: Hinter jedem ersparten Überschuss oder auch einer über Kredite geschaffenen Geldschöpfung, also hinter jeder Forderung, müssen Schulden bzw. Verbindlichkeiten stehen. Wenn ein Euro gespart oder fiktiv geschöpft wird, muss dieser Euro einen Schuldner finden, der dafür Zinsen zahlt. Der Saldo aus Ersparnis und

Schulden in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne Auslandsaktivitäten ist immer gleich null.<sup>42</sup>

Wenn aber zu viel Ersparnis und durch Geldschöpfung geschaffenes Geld nach profitablen (spekulativen) Anlagen (auch im Ausland) sucht, treibt das die Vermögenswerte in unrealistische Höhen. Wobei sich der Effekt noch verstärkt, wenn die Manager in den Finanzinstitutionen an den Anlagen kurzfristig verdienen bzw. wenn sie damit ihre Einkommen (Boni) steigern (maximieren) können. Den Gläubigern mit ihren aufgeblähten Finanzvermögen müssen außerdem hinreichende solvente Kreditnehmer (gute Schuldner) gegenüberstehen. Dies ist aber völlig unrealistisch, zumal es zuvor zu einer größeren Umverteilung von unten nach oben gekommen ist. Dadurch werden schließlich Banken und Finanzinvestoren bei der Kreditvergabe immer risikobereiter und spekulativer. Es kommt realiter sogar zu Anlagebetrug, Bilanzfälschungen, Korruption der Analysten und Aufsichtsinstanzen.

Der Kredit pervertiert am Ende zur Handelsware in Form von völlig intransparenten Verbriefungen. Ein massiver Verstoß gegen die Vertrauensregel im Bankensektor. Alles dies konnte beim Platzen der US-amerikanischen Finanzmarktblase, der so genannten Subprime-Kredite, studiert werden. Und noch etwas war zu beobachten, schreibt der Soziologe Christoph Deutschmann: die finanziellen Instinkte der gutsituierten Mittelstandsbürger und die heute gegebene Psychologie des Geldes. „Geld ist nicht bloß ‚Indikator‘ der sozialen Position eines Individuums, sondern begründet diese Position selbst unmittelbar, indem es – in seiner Eigenschaft als ‚Vermögen‘ – umfassende Zugriffsrechte auf den gesellschaftlichen Reichtum eröffnet. Wer Geldvermögen hat, übt sozialen Einfluss nicht kraft seiner Reputation oder seines gesellschaftlichen Ranges aus, sondern verfügt über ein generalisiertes Macht-

41 Beim Leverage-Effekt kann durch zusätzliche Verschuldung immer dann die Eigenkapitalrendite gehoben werden, wenn der Zinssatz für aufgenommenes Fremdkapital kleiner ist als die Gesamtkapitalrendite.

42 Es sei denn eine offene Volkswirtschaft erzielt Exportüberschüsse und das Ausland übernimmt dadurch die Schuldnerposition. Dies ist aber langfristig für alle Länder keine Lösung. Allenfalls kurzfristig für wenige, wie auch für Deutschland, die damit auf Kosten der Länder mit negativen Leistungsbilanzen leben und somit auch einen Export an Arbeitslosigkeit betreiben. Siehe dazu auch die Vermögensrechnung in Tabelle 1, Konto Ausland.

potenzial, das scheinbar gänzlich ohne soziale Vermittlungen auskommt. (...) So wird das Geld zum Vehikel einer narzisstischen Selbstüberhöhung nach dem Motto: Was mein Geld kann, das kann und bin ich. Dem Vermögensbesitzer erscheint sein Geld als eine natürliche Erweiterung und Verlängerung seines Egos. Deshalb kann

er, wenn die Börse abstürzt oder das Finanzamt sich meldet, dies nur als Beschädigung des innersten Kerns seiner Persönlichkeit empfinden. Solche Selbstinszenierungen scheinen besondere Resonanz bei sozialen Aufsteigern zu finden, die ihr Geld als ‚sauer durch eigene Arbeit verdient‘ wahrnehmen.“<sup>43</sup>

---

43 Deutschmann, C. (2008: 11).

## 8. Oligopolisierung und das Shareholder-value-Prinzip

Das beschriebene Problem der doppelten Umverteilung ist auch das Ergebnis einer neoliberal gewollten internationalen Liberalisierung der Märkte (Globalisierung), die zu einer durch Fusionen oder Unternehmensaufkäufen sich zunehmend konzentrierenden Wirtschaft (Oligopolisierung) führt, in der die marktbeherrschenden Unternehmen ihre Produktivitätsfortschritte nicht über Preissenkungen an die Nachfrager weitergeben (müssen) und so zusätzlich für einen Kaufkraftverlust sorgen. Außerdem hat zur kurzfristigen Profitmaximierung (Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität nach Steuern) der Druck auf alle unternehmensbezogenen Stakeholder (Beschäftigte, Kunden und Lieferanten sowie den Staat) durch eine ausschließlich kapitalmarkt- und eigentümerorientierte Steuerung in den Großunternehmen stark zugenommen.<sup>44</sup> Für die Beschäftigten heißt dies weniger Einkommen aus der Wertschöpfung und verschlechterte Arbeitsbedingungen bei gleichzeitig weniger Mitbestimmung. Die Kunden zahlen höhere Preise bei verringerten Leistungen und die Lieferanten werden durch Nachfragemacht der Großunternehmen ausgebeutet.<sup>45</sup> Und nicht zuletzt verlangen die Shareholder vom Staat weniger Steuern und Abgaben. Insgesamt wird damit die Wertschöpfung der Großunternehmen zu Lasten der mittelständischen Wirtschaft gesteigert und gleichzeitig eine Umverteilung zu den Kapitaleinkünften (Gewinn, Zinsen, Miete und Pacht) nach Steuern herbeigeführt. Die Löhne innerhalb der Wertschöpfung werden dabei von einem ex-ante kontraktbestimmten Einkommen zu einem ex-post Resteinkommen umgebucht, das laut marktwirtschaftlich-kapitalistischer Logik eigentlich der Gewinn sein soll. Dieser wird jetzt aber zu einer ex-ante (vorab fest-

gesetzten) Zielgröße. Insofern kommt es durch die Shareholder-value-Doktrin zu einer Umkehrung kapitalistischer Logik. Wird im Business-Plan eine vorgegebene Eigenkapitalrendite nach Steuern nicht erreicht, so erfolgt keine Investition oder sogar eine Desinvestition – dies gilt nicht nur für den Nokia-Fall.

Am Ende reicht aber auf Grund der Umverteilung die aus Löhnen gespeiste Endnachfrage nicht mehr aus, die durch Produktivitätssteigerungen noch vergrößerte Produktionsmenge, selbst zu konstanten Preisen, zu verkaufen. Hier schlägt dann die einzelwirtschaftliche Rationalitätsfalle zu (siehe Kap. 3). Dennoch gibt es für einzelne Länder (zumindest mittelfristig) eine Lösung. Diese liegt in einer „internationalen Expansion, also im Verkauf der Waren im Ausland, für die im Inland nicht genügend Nachfrage vorhanden ist. (...) Die Lösung hat eine gewisse Eleganz für sich, denn sie bringt zwei sich im Inland widersprechende Ziele – Kostensenkung und Nachfragesteigerung – miteinander in Einklang. Produktivitätssteigerungen sowie Abbau von Löhnen und Sozialleistungen führen zu Kostensenkungen und potenzieller Erhöhung der Profitspannen. Der durch diese Maßnahmen bewirkte Ausfall an inländischer Endnachfrage wird durch die zusätzliche Auslandsnachfrage ausgeglichen. Das führt dazu, dass die durch die Kostensenkungen möglich gewordenen Profite auch tatsächlich erzielt werden. Der Doppelcharakter der Löhne als Kostenfaktor (der möglichst gering gehalten werden muss) und als wichtigstes Nachfrageaggregat (das möglichst groß sein soll) wird aufgelöst. Für das exportierende Unternehmen sind Löhne nur noch Kosten, die mit allen Mitteln zu drücken sind.“<sup>46</sup>

44 Vgl. Dörre, K.; Holst, H. (2009).

45 Vgl. Bontrup, H.-J.; Marquardt, R.-M. (2008).

46 Huffschnid, J. (1994: 734 f.).

## 9. Außenwirtschaftliche Aggressivität

---

Insbesondere Deutschland hat auf diese wirtschaftspolitische bzw. außenwirtschaftliche Strategie in aggressiver Form gesetzt.<sup>47</sup> Die Lohnstückkosten wurden durch die Umverteilungen gesenkt und dadurch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland stark verbessert. Davon haben die ausländischen Importeure in Form günstiger Preise und niedriger Zinsen durch die Euro-Einführung profitiert, aber auch die Bezieher von Kapitaleinkommen in Deutschland, wofür hier insgesamt der Preis einer „gespaltenen Konjunktur“ gezahlt wurde. Die Binnenwirtschaft lahmte. Zusätzlich wurden die privaten Haushalte zu weiterem Sparen ermuntert (gezwungen), da angeblich die gesetzliche Alterssicherung nicht mehr sicher sei.<sup>48</sup> Die gesamtwirtschaftliche Sparquote in Deutschland erreichte selbst im Krisenjahr 2009 bei einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,7 Prozent einen absoluten Wert von 178 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Sparquote von 11,2 Prozent bezogen auf das verfügbare Einkommen. Der private Konsum, das größte Aggregat in der gesamtwirtschaftlichen Nachfragefunktion, fiel als Wachstumskomponente so gut wie aus. Die Konsumnachfrage stieg in Deutschland von 2001 bis 2008 real nur um 3 Prozent, während die Wirtschaftsleistung, das reale Bruttoinlandsprodukt, um 10 Prozent wuchs. Selbst im letzten konjunkturellen Aufschwung von 2006 bis 2008 lagen die Wachs-

tumsraten des privaten Konsums weit unter den realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts. Das in den letzten 20 Jahren in Summe nur geringe reale Wirtschaftswachstum kam fast ausschließlich aus dem Außenbeitrag, insbesondere seit der Euro-Einführung 1999. Ab 2001 wurde das Wachstum zu zwei Drittel vom Exportüberschuss getragen. Innerhalb der Europäischen Union erzielten die EU 26 ohne Deutschland von 2001 bis 2008 ein kumuliertes Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 890,6 Milliarden Euro. Mit Deutschland verringerte sich das Defizit auf 190 Milliarden Euro, weil wir alleine zwischen 2001 und 2008 einen Leistungsbilanzüberschuss von 700,6 Milliarden Euro erzielt haben.<sup>49</sup> Ins Ausland hat es in Folge der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse insgesamt von 1991 bis 2008 (trotz zeitweiliger Leistungsbilanzdefizite wegen der Wiedervereinigung) einen Kapitalexport in Höhe von fast 749 Mrd. Euro gegeben (vgl. Tabelle 1). Dies bedeutete aber für andere EU-Länder wie u. a. Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Irland entsprechende Kapitalimporte bzw. eine Verschuldung. Dieses Modell ist jetzt an sein Ende geraten: Die EU musste mit einem Rettungspaket von 750 Mrd. Euro (davon 250 Mrd. Euro vom Internationalen Währungsfonds (IWF)) für die Schuldnerländer einen „Schutzschirm“ aufspannen.<sup>50</sup>

---

47 Vgl. Dauderstädt, M.; Hillebrand, E. (2009) und auch Schrooten, M.; Teichmann, I. (2010).

48 Vgl. Bontrup, H.-J. (2009); oder auch Dedring, K.-H.; Deml, J.; Döring, D.; Steffen, J.; Zwiener, R. (2010).

49 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2009: 66 ff. und 238).

50 Vgl. Dullien, S. (2010).

## 10. Alternativen sind überfällig

Die Auswirkungen der längst noch nicht überstandenen Finanz- und Wirtschaftskrise werden weiter heftig sein und sich vor allen Dingen wiederholen, wenn jetzt nicht ein grundsätzlicher Politikwechsel stattfindet. Wachstumseinbrüche, Arbeitsplatz- und Kapitalverluste sowie Staatsverschuldungen werden zu einer noch größeren Spaltung der Gesellschaften in Arm und Reich führen<sup>51</sup>, und auch zwischen den Volkswirtschaften werden die Spannungen größer werden, so dass letztlich sogar die Europäische Union zur Disposition stehen könnte. Auch wird sich die Produktions- und Finanzwirtschaft durch die Krise weiter konzentrieren und damit noch mehr privatwirtschaftliche Macht und Ausbeutungspotenzial innerhalb der Wirtschaft, aber auch gegenüber der einzig gesellschaftlich demokratisch durch Wahlen legitimierten Politik entstehen, die weiter unsere Demokratie gefährdet.<sup>52</sup> Dies alles ist das Ergebnis des zuvor von unten nach oben umverteilenden marktradikalen (neoliberalen) Systems. „Alles, was wir jetzt erleben“, so Hannes Rehm, der Vorsitzende des staatlichen Bankenrettungsfonds SoFFin, „ist nicht über uns gekommen, sondern ist gewollt gewesen – von der Politik, den Banken, der Wirtschaft.“<sup>53</sup> Niemals sollte deshalb ein Politiker oder Ökonom es noch einmal wagen, von den „Segnungen“ der sogenannten „Selbsteilungskräfte des Marktes“ zu faseln und womöglich weiter auf Privatisierung und eine Umverteilung zu den Kapitaleinkünften setzen. Was nottut, ist ein starker Staat, eine Wirtschaftspolitik, die mit dem unheilvollen neoliberalen System endgültig Schluss macht.

Nur so wird die Ursache der Krise behoben und nicht an Symptomen herumgedoktert. Was muss dazu konkret passieren? Fünf Dinge:

Erstens eine auf europäischer Ebene abgestimmte Fiskal- und Geldpolitik. Dazu ist der „Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt“, als ein „Behinderungspakt“, abzuschaffen. Was wir in Europa und in Deutschland dringend brauchen, sind keine „Schuldenbremsen“, sondern „Steuersenkungsbremsen“ (Peter Bofinger). Auch die jetzt in fast allen europäischen Ländern aufgelegten oder noch folgenden „Sparprogramme“ und weitere Privatisierungen sind grundfalsch. Sie werden die Krise prozyklisch verschärfen und noch mehr soziale Spaltungen und Armut in Europa herbeiführen. Richtig wäre jetzt dagegen ein in der EU abgestimmtes ökologie-, sozial- und bildungsorientiertes Konjunkturprogramm in Höhe von 4 Prozent p.a. bezogen auf das jeweilige nominale Bruttoinlandsprodukt von 2008 der einzelnen Mitgliedsländer für die nächsten drei Jahre. Für Deutschland wären dies um die 100 Milliarden Euro pro Jahr. Die Finanzierung könnte fast vollständig (60-70 Milliarden Euro pro Jahr) durch die Erhebung einer fünfprozentigen Vermögensabgabe für private Haushalte in Deutschland mit einem Vermögen von mehr als 300.000 Euro geleistet werden.<sup>54</sup> Außerdem haben staatliche Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme wegen ihrer multiplikativen Wirkung einen hohen Selbstfinanzierungseffekt. Dringend notwendig ist weiter eine expansive Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB).

51 Vgl. Goebel, J.; Gornig, M.; Häußermann, H. (2010).

52 Vgl. Tillack, H.-M. (2009); Klages, J. (2009); Roth, J. (2006).

53 Zitiert bei Scheuermann, A. (2009: 11).

54 Vgl. o.A. (2009: 124).

Zweitens müssen diese kurzfristigen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen durch systemisch-strukturelle Veränderungen ergänzt werden. So sind die internationalen Finanzmärkte aus ihrer in der Vergangenheit vollzogenen Liberalisierung wieder in staatlich streng regulierte Märkte zu überführen. Die Krise habe gezeigt, so Rehm, dass unregulierte Märkte zu ungeheuren Verlusten bis hin zur Selbsterstörung führen. Der Staat hat gerade im Finanzwesen eine wichtige Gestaltungsaufgabe, dies sei jedoch im weltweiten Wettbewerb der Finanzplätze aus dem Blick geraten.<sup>55</sup> Die jetzt auf EU-Ebene beschlossenen Kontrolleinrichtungen in den Bereichen Banken, Versicherungen und Börsen sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, sie reichen aber noch nicht aus. Viel wichtiger und zielführend sind hier die sofortige Schließung sämtlicher internationaler Steueroasen und eine abgestimmte internationale Besteuerung der Finanzmarktumsätze durch eine Finanztransaktionsteuer.<sup>56</sup>

Hinzu kommen muss eine Reform des Bankensystems durch eine demokratische Einbettung der Geldinstitute in ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld. Der Regulierungsrahmen Basel II ist dabei zu korrigieren und die prozyklischen und polarisierenden Elemente sind zu beseitigen.<sup>57</sup> Die Eigenkapitalbasis für ausgereichte Kredite ist von zurzeit 4 Prozent sukzessive auf 10 Prozent in einem Basel III Abkommen zu erhöhen.<sup>58</sup> Dies schafft mehr Sicherheiten in der Krise. Außerdem müssen die Banken auf ihre wesentlichen Kernfunktionen wie a) die Organisation des Zahlungsverkehrs, b) das Einlagengeschäft zur einfachen und sicheren Ersparnisbildung und c) die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen durch Kreditvergabe zurechtgestutzt werden. Die unerträglich gewordene Bankenmacht gilt es zu beseitigen. Die Banken müssen nach der Finanz- und Wirtschafts-

krise ihre in den Bilanzen verschleierte und in Zweckgesellschaften oder „Bad Banks“ ausgegliederten Verluste schonungslos offenlegen und wertberichtigen. Reicht dabei die Eigenkapitalbasis nicht aus, müssen Banken wie jedes andere Unternehmen grundsätzlich auch in Insolvenz gehen. Wird allerdings bei Insolvenz einer „systemrelevanten Bank“ das ganze Finanzsystem bedroht, so muss der Staat die Bank durch eine Rekapitalisierung in öffentliches Eigentum überführen und danach vergesellschaften oder vom Markt nehmen.

Parallel dazu bedarf es eines verschärften internationalen Wettbewerbsrechts zur Eindämmung der Marktmacht von internationalen Konzernen, um auch hier das Erpressungspotenzial gegenüber der demokratisch gewählten Politik in den einzelnen Nationalstaaten unter Kontrolle zu bringen. In der EU sind endlich ein Europäisches Kartellamt und eine Europäische Monopolkommission auf Basis eines vereinheitlichten strengen Europäischen Wettbewerbsrechts einzurichten und Verstöße gegen das Gesetz sind nicht wie heute in den einzelnen europäischen Ländern mit einem Bußgeld, sondern mit dem Strafgesetzbuch zu ahnden.<sup>59</sup> Konzerne ab einer branchenbezogenen zu bestimmenden Größenordnung sind zu zerschlagen oder, wenn dies aus ökonomischen Gründen, z. B. wegen des Verlustes von economies of scale (Skalenerträgen), nicht sinnvoll ist, unternehmensintern zu demokratisieren. Zur Gegenmachtbildung zu privatwirtschaftlichen Unternehmen gehört auch der Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen im Sinne einer solidarischen Ökonomie.<sup>60</sup> Bereiche, die der Daseinsfürsorge dienen und gesellschaftliche Basisgüter bereitstellen, wie die Energie-, Gesundheits- und Pflegewirtschaft, sind besonders staatlich zu kontrollieren oder zu vergesellschaften.

55 Zitiert bei Scheuermann, A. (2009: 11).

56 Vgl. Hickel, R. (2010a).

57 Vgl. Fröhlich, N.; Huffschnid, J. (2004: 101 f.).

58 Dem steht aber nach wie vor die mächtige Bankenlobby gegenüber. So konnten sich bei den jüngsten Beratungen zu Basel III die Banken mit einer laxeren Kontrollregel in Höhe von nur sechs Prozent im Gouverneursrat des Baseler Ausschusses der Bankenaufsicher aus 27 Ländern durchsetzen. Vgl. o. A. (2010: 25).

59 Vgl. Bontrup, H.-J. (2010a).

60 Vgl. Giegold, S.; Embshoff, D. (2008).

Drittens muss speziell Deutschland seine Wirtschaftspolitik zur Beseitigung der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen verstärkt auf die Binnenwirtschaft ausrichten. Gemäß dem deutschen „Stabilitätsgesetz“ von 1967 liegt nur solange ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht vor, wie der Außenbeitrag am Bruttoinlandsprodukt von +/- 1,5 Prozent eingehalten wird.<sup>61</sup> Gegen diese Vorgabe verstößt Deutschland seit Jahren massiv. Bei der Primärverteilung ist deshalb zum Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse zu einer uneingeschränkten produktivitätsorientierten Reallohnpolitik zurückzukehren. Hierdurch kommt es im Ergebnis aber nur zu einer Verteilungsneutralität. Die gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Profitquoten bleiben konstant – und die abhängig Beschäftigten ohne eine Umverteilungskomponente zur Erhöhung der Lohnquote „Habenichtse“, wie Oswald von Nell-Breuning gesamtwirtschaftlich aufzeigte.

„In unserer Wirtschaft werden sowohl Konsumgüter als auch Kapital- oder Investitionsgüter produziert; die ersteren gehen, wie ihr Name besagt, in den Verbrauch, die letzteren dienen langfristiger Nutzung, für Wohnhäuser und dergleichen, oder dienen selbst wieder der Produktion, für Fabriken, Maschinen usw. An der Erzeugung beider Arten von Gütern wirken die Arbeitnehmer mit; für die Arbeitsleistung in diesen beiden Zweigen der Produktion zahlen die Unternehmer ihnen Arbeitslohn; dieser Arbeitslohn erscheint in der Erfolgsrechnung der Unternehmer als Kosten. Verwenden die Arbeitnehmer nun den ganzen Arbeitslohn zum Kauf der geschaffenen Verbrauchsgüter, so heißt das: Die Unternehmer erhalten die ganze von ihnen als Kosten aufgewendete Lohnsumme zurück und geben dafür nur die produzierten Konsumgüter ab; die neugeschaffenen Kapital- oder Investitionsgüter verbleiben ihnen sozusagen gratis und franko. Man könnte das auch so ausdrücken: Die Arbeitnehmer schenken den Unternehmern die Kapital- oder Inves-

tionsgüter und sind zufrieden, als Entgelt für ihre Leistung im Produktionsprozess denjenigen Teil der produzierten Güter zu erhalten, der in Konsumgütern besteht. Auf diese Weise werden die Unternehmer reicher und reicher, die Arbeitnehmer bleiben Habenichtse.“<sup>62</sup>

Sie bleiben sozusagen auf die Konsumgüter-sphäre als „Gefangene“ mit ihrem Lohn (Tauschwert ihrer Arbeit) beschränkt und damit ohne den vollen Wert ihrer Arbeit zu erhalten, zusätzlich noch von der Entwicklung der Investitionssphäre abhängig, die einzig und allein durch das „Investitionsmonopol des Kapitals“ (Erich Preiser) beherrscht und durch die erwartete Profitrate bestimmt wird.

Hieraus leiten sich eine Reihe von wirtschaftspolitisch dringend umzusetzenden Alternativen im Sinne eines Links-Keynesianismus ab, die aber sämtlich konträr zum neoliberalen Dogma stehen: erstens eine produktivitätsorientierte Lohn- und Arbeitszeitpolitik. Hierin zu integrieren sind zur Schließung der Produktionsproduktivitätslücke kollektive Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich.<sup>63</sup> Zweitens ist auf Basis von Flächentarifverträgen eine Umverteilung zu Gunsten der abhängig Beschäftigten durch echte „On-top“ Gewinn- und Kapitalbeteiligungen<sup>64</sup> durchzusetzen. Drittens sind bis zum Erreichen von Vollbeschäftigung im Niedriglohnssektor gesetzliche Mindestlöhne verbindlich zu machen. Menschenverachtende Leiharbeit ist ohne Ausnahme zu verbieten. Und viertens ist für leistungsschwache und ältere sowie gesundheitlich eingeschränkte Erwerbspersonen ein öffentlicher Beschäftigungssektor einzurichten.

Fünftens muss eine völlig veränderte Steuerpolitik umgesetzt werden: Die gewinnträchtigen Unternehmen und die Spitzenverdiener sind im Vergleich zu heute wesentlich höher zu besteuern. Der Spitzensteuersatz (Grenzsteuersatz) bei der Einkommensteuer muss ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro auf

61 Vgl. Zuck, R. (1975: 136).

62 von Nell-Breuning, O. (1960: 140f.).

63 Vgl. Bontrup, H.-J.; Niggemeyer, L.; Melz, J. (2007).

64 Vgl. Bontrup, H.-J.; Springob, K. (2002).

50 Prozent angehoben werden. Der Körperschaftsteuersatz ist auf 35 Prozent zu erhöhen. Bei Gewinnthesaurierungen, die nachweislich für beschäftigungssichernde Investitionen im Unternehmen verbleiben, können Steuerabschläge gewährt werden. Das Ehegattensplitting wird ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro abgeschafft. Ebenso das Kindergeld für Reiche. Die zu versteuernden Einkommen unterhalb von 60.000 Euro sind zu entlasten. Die Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte (Zinsen, Mieten, Pachten und Dividenden) ist abzuschaffen und die Kapitaleinkünfte sind wieder mit den Gesamteinkünften entsprechend zu besteuern, ansonsten werden Kapitaleinkommen steuerrechtlich besser gestellt als hohe Arbeitseinkommen. Die völlig ungleich verteilten Vermögenswerte sind durch adäquate Vermögens- und Erbschaftsteuern zum Teil der Gesellschaft zurückzugeben. Erben haben für ihre Erbschaft nichts geleistet. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind radikal zu bekämpfen. Hier gehen dem Fiskus in Deutschland jährlich allein 100 Milliarden Euro verloren.<sup>65</sup> Hinsichtlich der Sozialabgaben muss uneingeschränkt zum Prinzip der Solidarität in Form eines „öffentlichen Gutes“ zurückgekehrt werden. Mit Leistungskürzungen und Privatisierungen ist hier Schluss zu machen. Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen sind in Richtung Arbeitgeberbeiträge zu erhöhen und in Richtung Arbeitnehmerbeiträge zu senken. Die Staatsverschuldung kann mit diesen Maßnahmen mittel- und langfristige auf eine akzeptable Größe abgebaut werden.

Sechstens muss noch eine ordnungstheoretische Notwendigkeit hinzukommen: Die private Wirtschaft ist zu demokratisieren.<sup>66</sup> Die Begründung hierfür ist einfach: Der Mensch will nicht bloß ein Mittel innerhalb der Wirtschaft sein. Der Mensch ist auch Selbstzweck. Deshalb sollten die Unternehmen von ihrem „kapitalistischen Cha-

rakter“, beispielsweise vom „Investitionsmonopol des Kapitals“, und die Beschäftigten aus der „Gefangenschaft der Konsumgütersphäre“ befreit werden. Dazu dürfen die Beschäftigten nicht nur auf ihre heutige Lohnfunktion reduziert werden, sondern sie sollten über ihre gewählten Vertreter in den Betriebs- und Aufsichtsräten gleichberechtigt (demokratisch) auch an Entscheidungen über die Beschäftigung, die Unternehmensorganisation, über die Gewinnverwendung oder auch über die operative und strategische Ausrichtung „ihres“ Unternehmens beteiligt werden. Die Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit auf der unternehmerischen (mikroökonomischen) Ebene der Wirtschaft verträgt sich nicht mit einer demokratischen Partizipation beziehungsweise ist hochgradig widersprüchlich angelegt, genauso wie die Dichotomie zwischen einer nichtdemokratisierten Wirtschaft als Unterbau zum demokratisch verfassten Staat als Überbau in einer Gesellschaft. Wirtschaftsdemokratie verlangt daher auch nach einer größeren Demokratisierung des staatlichen Sektors durch mehr interne Parteiendemokratie (Aufhebung der heute in den Parteien vorliegenden oligarchen Führungsstrukturen), Einführung mehr basisdemokratischer Volksentscheide und mehr Transparenz des gesamten öffentlichen Sektors in Form einer Haushalts-, Beschäftigungs- und Sozialberichterstattung. Zur Verhinderung einer unternehmerischen Unterminierung des staatlichen Sektors durch Lobbysysteme und Korruption muss es außerdem eine strikte Trennung von Staat und privater Wirtschaft geben. Dazu gehört auch die vollständige Abschaffung des Parteispendensystems durch eine ausschließliche Steuerfinanzierung der Parteien nach Wahlerfolgen. Der demokratisch legitimierte Staat ist nicht der „Diener“ einer profitorientierten Unternehmerwirtschaft, sondern der ganzen Gesellschaft verpflichtet.

65 Vgl. Hickel, R. (2010b: 57).

66 Vgl. dazu ausführlich: Bontrup, H.-J. (2010b).

## Literatur

---

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: Sondermemorandum: Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter, Bremen.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2009: Memorandum 2009: Von der Krise in den Absturz? Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung, Köln.
- Baßeler, U.; Heinrich, J.; Koch, W. 1991: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 13. Aufl., Köln.
- Bofinger, P. 2005: Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle, 3. Aufl., München.
- Bontrup, H.-J. 2010a: Das Kartellrecht novellieren: Strafrechtliche Konsequenzen für Kartelltäter!, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 3, S. 17-23.
- Bontrup, H.-J. 2010b: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 4. Aufl., Köln.
- Bontrup, H.-J. 2009: Demografiewandel benötigt keine Privatisierung – sondern Verteilungssolidarität, in: Arbeit: Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 1/2009: 19-32.
- Bontrup, H.-J.; Marquardt, R.-M. 2008: Nachfragemacht in Deutschland: Ursachen, Auswirkungen und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen, Münster.
- Bontrup, H.-J.; Springob, K. 2002: Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Wiesbaden.
- Bontrup, H.-J.; Niggemeyer, L.; Melz, J. 2007: Arbeitfairteilen. Massenarbeitslosigkeit überwinden, Hamburg.
- Brödner, P., Carl, F., Heintze, C.; Oehlke, P.; Peter, G.; Zinn, K. G. 2009: Das nordische Modell – eine Alternative?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2009.
- Dauderstädt, M. 2009: Krisenzeiten: Was Schulden vermögen und was Vermögen schulden, in: WISO direkt (Juli), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Dauderstädt, M.; Hillebrand, E. 2009: Exporteuropameister und die Krise, in: WISO direkt (April), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Dedring, K.-H.; Deml, J.; Döring, D.; Steffen, J.; Zwiener, R. 2010: Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente, in: WISO direkt (Juli), Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Deutschmann, C. 2008: Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten, in: Working Paper 08/05 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Frick, J. R.; Grabka, M. M. 2009: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht Nr. 4, S. 54-67.
- Dörre, K.; Holst, H. 2009: Nach dem Shareholder Value? Kapitalmarktorientierte Unternehmenssteuerung in der Krise, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12, S. 667-674.
- Dullien, S. 2010: Von der Griechenlandkrise zum Euro-Kollaps?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 9-12.

- Eicker-Wolf, K.; Truger, A. 2010: Entwicklung und Perspektiven der Kommunal Finanzen in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt a.M.
- Flassbeck, H. 2003: Wie Deutschland wirtschaftlich ruiniert wurde. Ein Bericht aus dem Jahre 2010, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, S. 955-965.
- Friedman, M. 1971: Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart.
- Fröhlich, N.; Huffschmid, J. 2004: Der Finanzdienstleistungssektor in Deutschland, Düsseldorf.
- Fülberth, G. 2005: G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus, Köln.
- Giegold, S.; Embshoff, D. 2008: Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus, Hamburg.
- Goebel, J.; Gornig, M.; Häußermann, H. 2010: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: DIW-Wochenbericht Nr. 24, S. 2-9.
- Grossman, H. I. 1972: Was Keynes A „Keynesian“? A Review Article, in: Journal of Economic Literature, Vol. X, S. 26-30.
- Hickel, R. 2010a: Finanztransaktionssteuer jetzt!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 13-16.
- Hickel, R. 2010b: Milliardenverbrechen Steuerhinterziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, S. 57-65.
- Hickel, R. 2001: Die neue Allmacht der Ökonomie, in: Hickel, R.; Strickstroock, F., (Hrsg.): Brauchen wir eine andere Wirtschaft, Reinbek bei Hamburg.
- Hickel, R. 1980: Notwendigkeit und Grenzen der Staatsverschuldung, in: Diehl, K.; Mombert, P. (Hrsg.): Das Staatsschuldenproblem, Frankfurt a.M.
- Huffschmid, J. 1994: Kein Ausweg aus der Weltmarktfalle? Außenwirtschaftsbeziehungen und alternative Wirtschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6, S. 733-746.
- Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Zika, G. 2010: Entwicklung des Arbeitsmarktes 2010: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar, IAB-Kurzbericht 3/2010, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Keynes, J. M. 2009: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, in deutscher Übersetzung von Fritz Waeger, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, Berlin.
- Klages, J. 2009: Meinung, Macht, Gegenmacht. Die Akteure im politischen Feld, Hamburg.
- Kromphardt, J.; Schneider, S. 2009: Erläuterungen zum Aufbau des Buches von Keynes, in: Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, in deutscher Übersetzung von Fritz Waeger, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, Berlin.
- Marx, K. 1974: Das Kapital, Bd. 3, Hamburg, Neuauflage der Ausgabe von 1894, Berlin.
- Mattfeldt, H. 1985: Keynes, Kommentierte Werkauswahl, Hamburg.
- Mc Kinsey 2008: Mapping Global Markets, Oktober.
- o.A. 2009: Für eine Wende zu einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Appell für eine Vermögensabgabe, vorgestellt von 20 vermögenden Bundesbürgern am 19. Mai 2009, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, S. 124.
- o.A. 2010: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 13. September 2010, S. 25.
- Priewe, J. 2002: Fünf Keynesianismen. Zur Kritik des Bastard-Keynesianismus, in: Heseler, H. u. a. (Hrsg.): Gegen die Markt-Orthodoxie, Hamburg.

- Reuter, N. 2007: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, 2. Aufl., Marburg.
- Reuter, N. 2000: Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Roth, J. 2006: Der Deutschland Clan, Frankfurt a.M.
- Schäfer, C. 2009: Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12, S. 683-691.
- Scheuermann, A. 2009: Bankenretter attackiert die Branche, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 21. August 2009, S. 11.
- Schrooten, M.; Teichmann, I. 2010: Export wieder auf Touren – Binnennachfrage muss nachziehen, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 35, S. 2-8.
- Schui, H. 2009: Was ist Ursache der Krise?, in: Becher, J.; Ebert, W.; Marquardt, J. (Hrsg.): Es geht nur anders! Denkanstöße für politische Alternativen, Köln.
- Tillack, H.-M. 2009: Die korrupte Republik, Hamburg.
- ver.di Bundesvorstand 2010: Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 2, September.
- von Nell-Breuning, O. 1960: Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg i. Br.
- von Weizsäcker, C. 2010: Das Janusgesicht der Staatsschulden, in: FAZ vom 4. Juni 2010, S. 12.
- Willke, G. 2002: John Maynard Keynes, Frankfurt a.M.
- Zuck, R. 1975: Wirtschaftsverfassung und Stabilitätsgesetz, München.

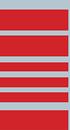
## Der Autor

---

**Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup**

Wirtschaftswissenschaftler an der Fachhochschule  
Gelsenkirchen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative  
Wirtschaftspolitik





## Neuere Veröffentlichungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftspolitik

**Die Schuldenkrise der Europäischen Währungsunion**

WISO direkt

Gesprächskreis Sozialpolitik

**Finanzierungsreform der Krankenversicherung in Deutschland: Vorschläge für ein Maßnahmenbündel jenseits der Kopfpauschale**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Verbraucherpolitik

**Was die Verbraucherpolitik von der Verhaltensökonomie lernen kann – ein Blick ins Ausland**

WISO direkt

Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung

**In Qualifizierung investieren – ein Weiterbildungsfonds für Deutschland**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

**„Sprache ist der Schlüssel zur Integration“: Bedingungen des Sprachlernens von Menschen mit Migrationshintergrund**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

**Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern: neue Strategien für Parteien und Gewerkschaften**

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

**Rente mit 67: zwischen Demographie und Arbeitsmarkt**

WISO direkt

Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik

**Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

**Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“**

WISO Diskurs

Gesprächskreis Migration und Integration

**Die Sozialstruktur Deutschlands: aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle**

WISO Diskurs

Wirtschaftspolitik

**Nach der Krise ist vor der Krise: haben wir die richtigen Lehren gezogen, und was bleibt zu tun?**

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

**Eine Energiepolitik für die Zukunft**

WISO direkt

Nachhaltige Strukturpolitik

**Exporte um jeden Preis?**

WISO direkt

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen

**Das Programm Soziale Stadt: kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte**

WISO Diskurs

Arbeitskreis Mittelstand

**Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz – Förderungsgesetz für KMU**

WISO direkt

Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik

**Die Mitbestimmung im Kontext europäischer Herausforderungen**

WISO direkt

Arbeitskreis Dienstleistungen

**Arbeitsplatz Hochschule: zum Wandel von Arbeit und Beschäftigung in der „unternehmerischen Universität“**

WISO Diskurs

Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik

**Noch mehr unbezahlt?: Wie konservative (Geschlechter)Politik mit der Betreuungsarbeit verfährt**

WISO direkt

Steuerpolitik

**Welche Steuerpolitik gehört zum „sozialdemokratischen Modell“**

WISO direkt

Volltexte dieser Veröffentlichungen finden Sie bei uns im Internet unter

[www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)